Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für wirtschaftliche
Landesversorgung BWL
Bernastrasse 28
3003 Bern

per E-Mail an:
energie@bwl.admin.ch

25. März 2025

Vernehmlassung zur Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung des Angebots an elektrischer Energie und Verordnung über die Änderung einer Bestimmung des Landesversorgungsgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2024 geben Sie uns die Gelegenheit, zu den geplanten Änderungen zur Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung des Angebots an elektrischer Energie und zur Verordnung über die Änderung einer Bestimmung des Landesversorgungsgesetzes Stellung zu nehmen. Gerne lassen wir Ihnen mit dem beigefügten Antwortformular unsere detaillierten Änderungsvorschläge und Kommentare zukommen.

Wir begrüssen das Ziel der Vorlage, die Stromproduktion in einer schweren Strommangellage zentral durch die nationale Netzgesellschaft Swissgrid zu bewirtschaften. Wenn die Marktmechanismen versagen und alle übrigen Bewirtschaftungsmassnahmen ausgeschöpft sind, ist es als letzte Option wichtig, dass die noch verfügbaren Kraftwerke, Speicher und Grenzkapazitäten primär für die Aufrechterhaltung der Systemstabilität eingesetzt werden. Es ist deshalb sinnvoll, auch in einer solchen ausserordentlichen Notsituation auf den bereits bestehenden Strukturen und Prozessen zur Bewältigung einer schweren Strommangellage aufzubauen. Damit ist eine enge Abstimmung mit den übrigen Bewirtschaftungsmassnahmen möglich und es kann selbst im eingeschränkten Betrieb ausreichend Regelenergie zur Verfügung gestellt werden.

Die Übernahme des Kraftwerkseinsatzes durch Swissgrid zur Sicherstellung der Systemstabilität hat weitreichende Folgen auf die Wirtschaftsfreiheit und kann sich unabhängig von einer tatsächlich eintretenden Krisensituation auf das Marktgeschehen auswirken. Dementsprechend ist es wichtig, dass diese Massnahme als eine der letzten Bewirtschaftungsmassnahmen eingesetzt wird. Die Umsetzung muss transparent, nachvollziehbar und mit der erforderlichen «Governance» erfolgen. Die Kriterien und Umstände, die zu einer Angebotslenkung führen, sollten deshalb ebenso klar festgelegt werden, wie der Beginn und die Wiederaufhebung des regulativen Eingriffs. Aus der Vorlage geht leider nicht hervor, wie und wann genau die Massnahme im Zusammenspiel mit den übrigen Bewirtschaftungsmassnahmen eingesetzt wird (z. B. Abruf der Wasserkraftreserve und der übrigen Reservekraftwerke oder den Netzabschaltungen).

Ebenso sollte die «Governance» klarer und einheitlicher formuliert sowie die bestehenden Umsetzungsgremien enger berücksichtigt werden. So sieht etwa die Verordnung über die Organisation zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesversorgung (VOEW; SR 531.35) vor, dass der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) für den Fall einer schweren Mangellage

die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen in den Bereichen Produktion, Beschaffung, Transport, Verteilung und Verbrauch von Strom trifft. Der VSE hat dazu die Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (OSTRAL) geschaffen und trägt auch bei den Verbrauchslenkungsmaßnahmen die Umsetzungsverantwortung. Swissgrid ist mit seinen Aufgaben und Fähigkeiten ein zentraler Bestandteil von OSTRAL. Die Zuständigkeit des VSE sollte deshalb auch im Verordnungstext so ausformuliert werden, wie sie angedacht und im erläuternden Bericht beschrieben wird. Da gegenseitige Abhängigkeiten bestehen, sollte die Umsetzungsverantwortung für sämtliche Bewirtschaftungsmaßnahmen in einer Hand bleiben und Verantwortlichkeitsverschiebungen möglichst vermieden werden.

Hinsichtlich der in Artikel 11 der Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung des Angebots an elektrischer Energie (Entwurf) zur Diskussion gestellten Varianten der Margenregulierung unterstützen wir Variante 2 - keine zusätzliche Marge für die Kraftwerkseigentümerschaft. Es sollte auch hier möglichst an der bestehenden Praxis festgehalten und auf die Einführung doppelter Margen verzichtet werden. Die Vergütung der Gesteuerungskosten beinhaltet mit dem Weighted Average Cost of Capital (WACC) bereits eine angemessene Marge. Zudem wird in einer solchen Bewirtschaftungssituation die gesamte Volkswirtschaft enormen Herausforderungen ausgesetzt sein. Noch bevor die Angebotslenkungsmaßnahmen eingesetzt werden, sind bereits verschiedene Verbrauchslenkungsmaßnahmen in Kraft, welche die Wirtschaftsprozesse einschränken und die Ertragsmöglichkeiten von Industrie und Gewerbe belasten. Eine pauschale Sonderbehandlung der Kraftwerksbetreiber oder Händler auf Kosten der Endverbraucher erachten wir deshalb als nicht gerechtfertigt und wäre ein falsches Signal an die Stromwirtschaft.

Abschliessend verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) zur Vernehmlassung zur Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung des Angebots an elektrischer Energie und Verordnung über die Änderung einer Bestimmung des Landesversorgungsgesetzes. Wir schliessen uns dieser ergänzend an.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Sandra Kolly
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Antwortformular